Anarchosyndikalistische Zeitschrift

schwarzes kleeblatt

Ausgabe 14 ~ Mai/Juni 2013



Vor kleineren und größeren Krisen ist niemand sicher...

In einem Wirtschaftssystem gefangen zu sein, das selber eine einzige Krise ist, muss man sich trotzdem nicht gefallen lassen. Fünf Jahre sind ins Land gezogen, in denen kaum ein Phänomen die antikapitalistische Linke so beschäftigt wie die internationale Wirtschaftskrise. In etlichen Publikationen versuchten sich viele als kritische WirtschaftstheoretikerInnen, soziale UnruhestifterInnen und AgitatorInnen, nur gebracht hat das bis jetzt nicht viel. Wirtschaftliche Verelendung und große Worte sind dann eben doch nicht der magische Auftakt zur Revolution und aus dem kämpferischen Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist leider noch nicht viel geworden. Dass das „Schwarze Kleeblatt“ jetzt auch noch mit dem Thema ankommt, mag nicht besonders originell scheinen, notwendig war es für uns aber allemal. Denn wie man es auch dreht und wendet, die Krise nimmt einen enormen Einfluss auf die Gesellschaften aller Staaten, und das drückt sich in Repressionen genauso vielfältig aus, wie im Widerstand gegen sie. Technische Innovationen im Überwachungsbereich (siehe Artikel “Intelligente Überwachung”) sind dabei noch die offensichtlichere Methode des Krisenmanagements. Wie stark die ganze Problematik entstellt wird und durch rassistische Vorurteile innere Beziehungen der Krisendynamik verschleiert werden, erfahrt ihr in den Artikeln „Neoliberaler Wettbewerb trifft nationale Tradition“ und „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen“. Letzterer Titel ist ein Zitat aus der BILD-Zeitung und weil die Zeiten von ökonomischer Unsicherheit auch immer einen Effekt auf den Zustand der Medien haben, befasst sich der Artikel „Schreiben für das Mittelmaß“ mit der Verfassung der Pressefreiheit in Deutschland. Für den Artikel „Die Krise in Südeuropa“ gehen wir dann nochmal ins Ausland. Schließlich hat Deutschland viel zu bieten, wenn es darum geht, ökonomische Krisen autoritär zu „lösen“, von Widerstand ist hier nach wie vor kaum was zu merken. Statt das Fehlen einer angemessenen Protestbewegung jetzt wieder auf eine schlechte Informationslage und die generelle Passivität der hiesigen Bevölkerung zu schieben, beleuchten wir lieber nochmal die Situation der deutschen Gewerkschaften („Von zahmen Gewerkschaften in prekären Zeiten“) und stellen die Frage, wie eine Organisation vorgehen kann, um wenigstens die ökonomische Existenz ihrer Mitglieder effizient verteidigen zu können, ohne in den Problemen des Hier und Jetzt zu versacken („Was macht den Syndikalismus eigentlich revolutionär?“).

Doch genug Vorschau. Wir, von der Redaktion werden uns nun wieder zurückziehen und die nächste Ausgabe für Juli und August planen. Und für die müsst ihr dann, anders als für die Krise, wirklich nicht zahlen. In der Zwischenzeit wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen.

Die Redaktion des „Schwarzen Kleeblatts“

Editorial



Was macht den Syndikalismus eigentlich revolutionär?

Ein Plädoyer für die Direkte Aktion

Zu einer Gewerkschaft geht man heute wie zu einer Versicherung. Als LohnarbeiterIn trägt man sich üblicherweise bei einer Branchengewerkschaft innerhalb des DGB ein und ist man einmal Mitglied, gewährt einem die Gewerkschaft Rechtsschutz in Sachen Arbeitsrecht – etwa so wie der Mieterbund Rechtsschutz in Mietangelegenheiten gewährt. Die Gewerkschaft vertritt ihre Mitglieder auch dann, wenn es um Lohnfragen geht – alle Jahre wieder schaltet sie sich zu den Tarifverhandlungen ein. Laufen die Verhandlungen schlecht, organisiert sie hier und da einen Warnstreik, eine Demo oder Kundgebung: Eine symbolische Aktion um zu signalisieren „Hier sind wir: Wir sind eine Gewerkschaft. Wir können auch anders!". Aber was soll „Wir können auch anders!" bedeuten? Zweifellos handelt es sich dabei um eine Drohung, um den Verweis auf das mobilisierbare Machtpotential. Anders können, meint kämpferisch sein können. Doch die Gewerkschaften belassen es beim Symbol – zu kämpfen wäre alles andere als diplomatisch.

Kämpferisch sein, aus Prinzip

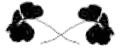
Will man eine Veränderung erreichen, bieten sich unterschiedliche Herangehensweisen an – welche man wählt, zeigt wie konsequent man vorgehen möchte.
Fordern wir etwas, setzen wir noch eine Autorität zwischen uns und unserem Ziel und seiner Realisierung.
Fordern wir zu etwas auf, lassen wir dieser Autorität keine Wahl mehr, wir drängen auf eine genaue Umsetzung des Geforderten, notfalls unter Androhung von zwingender Konsequenzen.
Agieren wir direkt, gehen wir noch einen Schritt weiter: Wir fordern nicht mehr, wir lassen auch niemanden mehr für uns umsetzen, wir setzen selbst durch.

Der Grad unserer Selbstbestimmung, ist auch der Grad unserer Kompromisslosigkeit. Ob wir fordern, ob wir auffordern, ob wir direkt agieren offenbart unser Verhältnis zu einer Autorität und unser Selbstbewusstsein ihr gegenüber. Revolutionär agieren, bedeutet dieses Verhältnis schon in der Form unserer Aktionen aufbrechen zu lassen. Natürlich wäre es vermessen den alltäglichen ökonomischen Kampf ausschließlich kompromisslos führen zu wollen: Aus einem revolutionären Idealismus faktische soziale Verbesserungen aus der Hand zu schlagen, Zugeständnisse rigoros abzulehnen und Verhandlungen zu verachten, wäre fatal. Doch genauso problematisch ist es den Kompromiss zum Selbstzweck zu machen.

Ein unfaires Spiel gewinnt man gegen die Regeln

Einen gangbaren Weg zur Revolution zu finden, ohne dabei asketisch zu werden, scheint verzwickt. Die großen Gewerkschaften haben jedenfalls ihre Route gewählt: Sie führt im Kreis. GewerkschaftsfunktionärInnen wissen wie VersicherungsvertreterInnen auch, dass der Status Quo – das Elend des Versicherten – letztlich Grundlage des Geschäftes ist. Nicht die Veränderung der Umstände, sondern nur ein guter Kompromiss kann ihr erklärtes Idealziel sein. Einen Kompromiss anstreben, dass klingt wie eine sehr realistische und demokratische Programmatik. Ökonomische Kompromisse sind allerdings Vergleiche zwischen Machtpositionen im Klassenkampf. Ein guter Kompromiss wird erst dann realisierbar, wenn die eigene Macht offensiv zutage tritt. Dabei helfen symbolische Aktionsformen wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Warnstreiks nur marginal. Eine symbolische Aktion ist vielmehr so etwas wie ein Rückgriff auf die seichteste Art der Machtdemonstration. Bezeichnender Weise haben die großen Branchengewerkschaften dieses Verhältnis auf den Kopf gestellt.

Pragmatisch kämpft man, indem man seine Stärke optimal in Aktion bringt. Revolutionäre Ideale sind da nicht Hemm-



nis, sondern Triebfeder. Im alltäglichen Kampf sind es oft die Aktionsformen, die mit unseren Idealen übereinstimmen, welche uns zum Erfolg führen. Boykotte, Streiks, Sabotagen, Besetzungen sind nur die krassesten Beispiele für eine Aktionsweise, die sich nicht den Regeln einer Ordnung beugt, sondern direkt interveniert. Entscheidend ist dabei nicht die Härte unseres Handelns, sondern inwieweit wir als direkt Betroffene unsere Ziele eigenmächtig umsetzen. Man kann hier von einer Aktion im eigentlichen Sinne sprechen: Eine Aktion, die nicht andere stellvertretend in Aktion bewegen, sondern etwas selbstbestimmt in Bewegung bringen will.

In der Tradition des Syndikalismus wird diese Form der Aktion als Direkte Aktion bezeichnet. Die SyndikalistInnen verstehen sie als Garanten für eine starke, selbstbewusste Position im Klassenkampf, und als Ausdruck einer Übereinstimmung von Ideal und Medium. Denn agieren wir direkt, sind unsere Prinzipien schon in unsere Aktionsform integriert: Wir organisieren uns selbstbestimmt, hierarchiefrei, solidarisch. Unsere Aktion ist nicht mehr nur Kommunikationsmittel: Sie greift unmittelbar eine ökonomische Ungerechtigkeit an – das macht unsere Forderungen zu Aufforderungen und schließlich zur Direkten Aktion.

Mit Willkür haben Direkte Aktionen indessen nichts zu tun: Sie sind nur in einem Kollektiv denkbar, welches sich über die Wahl ihrer Ziele und Mittel bewusst ist. Das diese dann den gängigen Sitten und Praktiken widersprechen, liegt in der Natur der Sache. Eine Direkte Aktion ist schließlich immer erst dort notwendig, wo Hierarchie Demokratie verhindert. Willkürlich handeln nicht diejenigen, die unfaire Spielregeln brechen, sondern die, die sie diktieren.

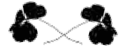
Das Brecheisen im syndikalistischen Werkzeugkasten

Ein Arbeitskampf hat viele Facetten, nicht immer ist er eskalativ. Der Begriff umfasst die ganze Bandbreite von Kämpfen um Lohn, Arbeitsbedingungen bis hin zu Arbeitsplatzsicherung oder Betriebskollektivierung, nicht immer ist er von prekärem Ausmaß.

In einem Arbeitskonflikt direkt zu agieren, hieße sich offensiv in Opposition zum/zur ArbeitgeberIn zu begeben. Unbestreitbar bringt das zuweilen ein sehr hohes Risiko mit sich. Behutsam die angemessenen Mittel zu wählen, ist daher die erste Losung. Im Betrieb frisch angestellt, wäre es unklug eine verspätete Lohnzahlung gleich mit einer Sabotage der Produktionskette zu beantworten.

Klar sollte allerdings sein: Lohnarbeit wirkt sich jeden Tag zerstörerisch aus – wir brauchen keine konkreten Anlässe um klassenkämpferisch zu agieren. Direkte Aktionen helfen uns von der Defensive in die Offensive zu treten. Sie erzeugen einen massiven wirtschaftlichen Druck – Besetzungen bis zur Kollektivierung setzen unsere Visionen in die Tat. Die Vielfalt der Direkten Aktion ist unerschöpflich: Sie ist ein Prinzip, dass wir lernen müssen kreativ anzuwenden. Ob wir am Ende die Pinzette oder das Brecheisen rausholen, ist maßgeblich abhängig von der Solidarität und der Struktur auf die wir uns stützen. Um kämpferisch agieren zu können, brauchen wir eine Organisationsform, die unsere Ideale verkörpert, unsere Aktionsformen trägt, die den Nährboden unserer Solidarität bildet: Eine Föderation gemeinsamer Selbstorganisation.

Der Syndikalismus ist unser Werkzeugkasten – die Direkte Aktion unser Hebel. Machen wir uns ans Werk! SK



Zahme Gewerkschaften in prekären Zeiten

Die Reaktion von DGB & Co zur Krise

Seit 2002 hat sich die Zahl der Menschen die in Leiharbeit beschäftigt sind fast verdreifacht. Statt 327.000 arbeiten mittlerweile über 900.000 Menschen in Leiharbeitsverhältnissen. Der Niedriglohnsektor vergrößerte sich seit 2002 um 1 Millionen Beschäftigte und die Zahl sogenannter Minijobs (Beschäftigungsverhältnisse mit einer maximalen Lohngrenze von 450 Euro Lohn im Monat) hat sich auf 2,6 Millionen mehr als verdoppelt. Weit über 10 Millionen Menschen arbeiten heute in Deutschland in prekären Verhältnissen. Real betrifft das mehr als jedeN vierteN ArbeitnehmerIn.
Dass es eine Krise gibt, ist offensichtlich. Ihre Auswirkungen drücken sich in miesen Arbeitsbedingungen, in Lohnkürzungen und Prekarisierung aus. Doch wie agieren die sogenannten sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften, um den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eigentlich in Krisenzeiten?

Proletarische Interessenvertretung? Fehlanzeige!
Wie DGB-Chef Sommer gerne in Interviews verlauten lässt, besteht der einzige Weg raus aus der europäischen Wirtschaftskrise in „zukunftsorientierten Investitionen“. Im Klartext heißt das: Wachstum. Aber auf welche Kosten wird Wachstum im Kapitalismus eigentlich generiert? Wer Wachstum fordert in einem ökonomischen System, das auf Ausbeutung und Konkurrenz basiert, der wird nicht zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lage proletarischer Schichten beitragen.

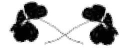
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder im Namen dieser kruden Wachstumslogik zum Komplizen einer unsozialen Politik gemacht. Sei es die Zerschlagung “eigener“ Streiks durch StreikbrecherInnen, wie zuletzt bei der dem DGB zugehörigen Leiharbeitsfirma Weitblick-Personalpartner Gmbh (Diese Firma setzte 2009 und 2011 MitarbeiterInnen in verschiedene Real-Märkte ein und verhinderte dadurch einen Streik von Ver.di. Besonders pikant wird dies aber durch die Tatsache, dass die Firma zwar einerseits den Gewerkschaften angehört, andererseits aber seit 2006 im Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) registriert ist – dem Arbeitgeberverband der Branche) sei es die Finanzierung von Bundestagsparteitagen wie CDU und SPD oder der neu geplante Schulterschluss zwischen Bundeswehr und DGB – zahlreiche Beispiele belegen: Der Deutschen Gewerkschaftsbund agiert nicht im Interesse unserer Klasse.

Das zeigt sich am besten, betrachten wir die Führungselite der DGB-Branchengewerkschaften: Von IG Bau über IG Metall, Ver.di, GdP, NNG, GEW, IG BCE bis EVG – die hohen GewerkschaftsfunktionärInnen entpuppen sich nahezu ausnahmslos als langjährige Mitglieder der SPD. Sie verfügen über Brutto Jahresgehälter von 100.000-260.000 Euro. Doch nicht allein ihre Zugehörigkeit zu Parteien, die verantwortlich sind für eine zunehmende Prekarisierung der Beschäftigung in Deutschland, macht ihre Befangenheit deutlich. Es entlarvt sie als janusköpfige „VertreterInnen“ einer prekarisierten Bevölkerungsschicht. Ihre systemkonforme Existenz verhindert schon im Ansatz jede revolutionäre Gewerkschaftspolitik.

Nicht die Konjunktur, das System ist die Krise!
Die immer wiederkehrenden Krisen kapitalistischer Ökonomie belegen die Unfähigkeit dieses Systems für alle Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Es ist schon lange notwendig sich über Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem Gedanken zu machen und diese Ideen auch zu verwirklichen, denn an konkreten Ideen mangelt es natürlich nicht. Nur bedarf es auch den Mut und den Willen vieler Menschen sich aktiv für diese einzusetzen.
Von den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsvorsitzenden werden wir nie mehr zu hören bekommen als den Wunsch nach einem „sozialeren, reformierten Kapitalismus“, in dem sich „gute Arbeit wieder lohnt“.
Die Systemfrage stellt keineR von ihnen. Doch diese zu stellen, ist notwendig um eine andere, gerechte Form des Wirtschaftens zu erreichen. Und dafür brauchen wir viele Menschen die sich reflektiert mit der jetzigen Lage auseinander setzten und gemeinsam aktiv werden. Auch dich!

Also rein in die Basisgewerkschaft, die im Vergleich zu den üblichen (DGB-)Gewerkschaften eben nicht die VermittlerInnenrolle zur Befriedung von Wirtschaft/Politik und Proletariat einnimmt, sondern uns die Struktur bietet, selbstbestimmt unsere Bedürfnisse und Wünsche zu organisieren.

SK





Alles unter Kontrolle

Intelligente Überwachung auf dem Vormarsch

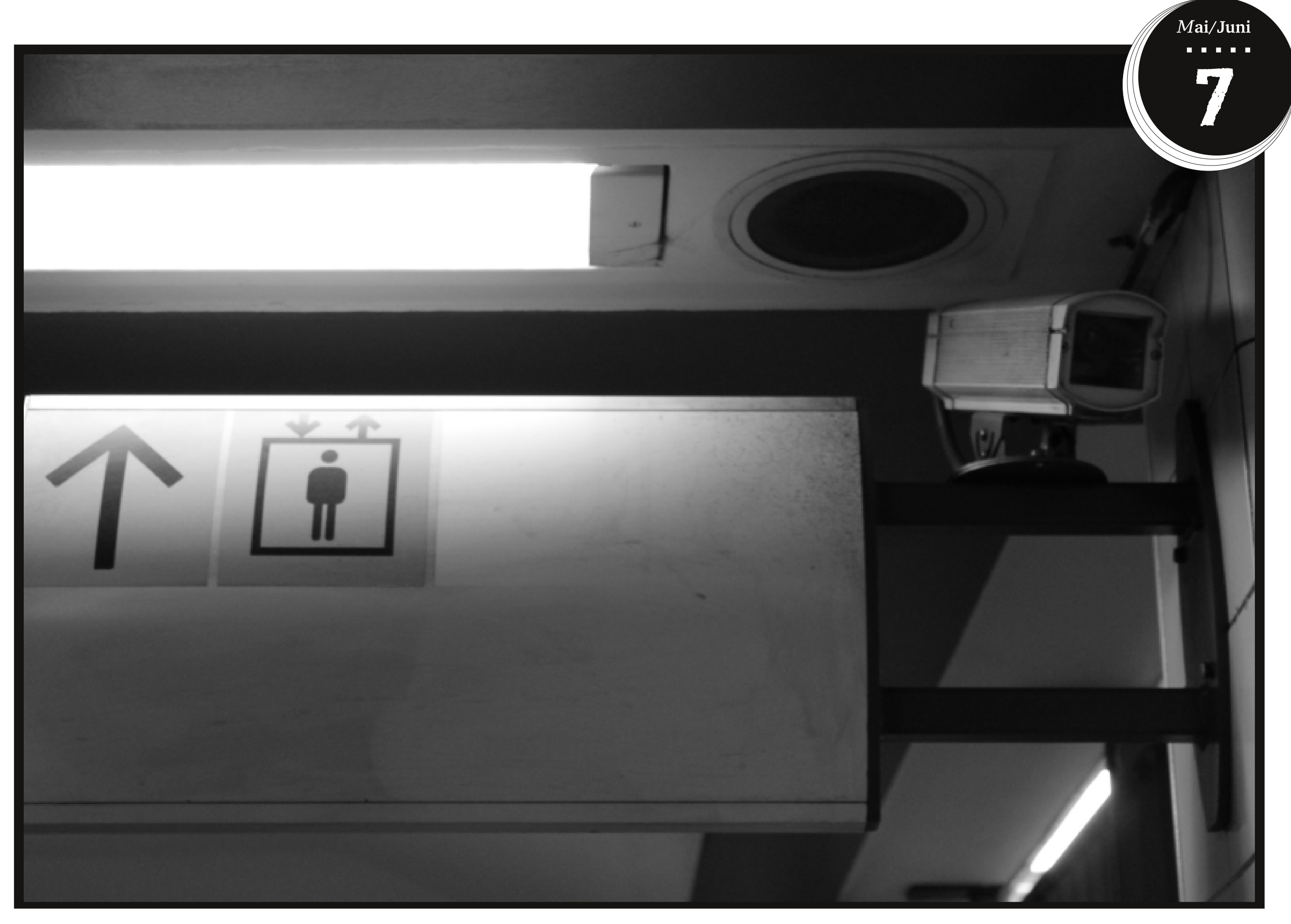
Seit zehn Minuten guckt sich der Mann nun schon auf dem Bahnsteig um. Schließlich lässt er seine Tasche stehen und entfernt sich. Die Gesichtserkennung der Überwachungskamera wird aktiviert und identifiziert ihn. Blitzschnell werden das Internet und Behörden-Datenbanken durchsucht, ein genaues Profil des Mannes wird an die automatisch informierte Polizei gesendet. Diese nimmt den Mann präventiv fest und verhört ihn.

Was klingt, wie ein Ausschnitt aus einem Science-Fiction Roman, wird bald bittere Realität sein. Seit 2009 lässt die EU nämlich forschen: INDECT (Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von BürgerInnen in städtischer Umgebung) ist ein Projekt von Universitäten mehrerer EU-Länder (u.a. die Universität Wuppertal), sowie verschiedener Firmen und der Polizeibehörden von Nordirland und (bis 2012) von Polen. Laut EU-Projektbeschreibung von 2010 ist das Ziel, „eine Plattform zur Registrierung und zum Austausch von amtlichen Daten, zur Erfassung von multimedialen Inhalten, intelligenter Bearbeitung aller Informationen und automatischer Erkennung von Bedrohungen und Erfassen von ungewöhnlichem Verhalten und Gewalt zu entwickeln".
Um dies zu erreichen wird bis Ende 2013 in mehrere Richtungen geforscht:

- Beobachtung von verschiedenen Menschenansammlungen und Erfassen von ungewöhnlichem Verhalten und Gefahrensituationen
- komplexe biometrische Verfahren zur Personenidentifikation und erkennungsdienstlichen Behandlung
- Informationsbeschaffung und Beobachtung von verdächtigem Verhalten im Internet
- selbstorganisierte Computernetzwerke, neuartige Suchmaschinen und digitale Wasserzeichen

INDECT schafft die Grundlagen einer umfassenden Überwachungsplattform einer/s jeden Bürgerin/s, in der ein falsches Verhalten dazu reicht, unter Verdacht gestellt zu werden ein Verbrechen durchführen zu wollen. Denn das mit knapp elf Millionen Euro von der Europäischen Union finanzierte Projekt soll dazu dienen, Verbrechen schon im Vorhinein zu erkennen und zu verhindern – bevor sie geschehen. Um dies zu erreichen, werden Kameras mithilfe einer intelligenten Software das Geschehen auf öffentlichen Plätzen analysieren und bei „abnormalem" Verhalten Alarm schlagen.
Was normales von sogenanntem “abnormalen” Verhalten unterscheidet, kann die Software selbst erlernen. Dazu lässt man den Computer „normale" Szenen beobachten, wie z.B. Menschen laufen vom Hauseingang zum Auto, und ihn diese bestimmten Laufwege anschließend analysieren. Aufgrund dieser Szenen und natürlich einiger vorgegebener Verhaltensgrundmuster kann sich der Computer Modelle von dem bauen, was „korrektes Verhalten" ist. Die so erstellten Algorithmen kennen also in gewisser Weise den nächsten Schritt einer Person bzw. erkennen, wenn etwas Unerwartetes passiert.

Wird nun ein angebliches Verbrechen beobachtet, ist es möglich die Zielperson namentlich zu identifizieren. Zur Gesichtserkennung reichen inzwischen schon extrem wenig Bildpunkte, um das Gesicht eines einzelnen Menschen hochzurechnen und regelrecht zu rekonstruieren. Mit einer Erkennungsrate von mittlerweile fast 99 Prozent, lassen sich Datenbanken mit zehntausenden Bildern in Sekundenschnelle durchsuchen. Ist die verdächtige Person identifiziert, lässt sich ein umfassendes Profil von ihr erstellen. Dazu durchsuchen speziell entwickelte Suchmaschinen das Internet nach Daten aus Foren oder Social Networks (z.B. Facebook) und verbinden diese mit staatlichen Datenbanken. Dieses umfassende Persönlichkeitsprofil wird an die Polizei gesendet, welche automatisch durch das Sys-



tem über das mutmaßliche Verbrechen oder verdächtige Personen informiert wird.

Steht eine Person erst einmal unter Verdacht, ein Verbrechen begangen zu haben oder begehen zu wollen, ist es außerdem möglich über biometrische Daten aus dem Personalausweis mit Hilfe von Kameras ein genaues Bewegungsprofil zu erstellen. Zudem können automatisch gesteuerte Drohnen die Zielpersonen über eine enorm weite Strecke verfolgen und weiter beobachten. Solche Drohnen sind wendig, flexibel und vergleichsweise kostengünstig und haben damit ein enormes Potenzial in der Überwachungstechnik. In Deutschland unterstützen sie mittlerweile des Öfteren Polizeieinsätze.

Doch nicht nur auf der Straße wird überwacht und potenziell kriminelles Verhalten aufgespürt. Auch im Internet werden weiterentwickelte Suchroutinen nach auffälligem Verhalten scannen, welches sich z.B. durch den Besuch von Seiten „extremistischer“ Organisationen oder dem Gebrauch von Suchmaschinen für verdächtige Wörter äußert. Zudem soll eine speziell entwickelte Computerlinguistik fähig sein, Beziehungen zwischen Personen sowie den Kontext einer Unterhaltung, z.B. in Chats, zu erkennen und auszuwerten. Dabei geht es nicht nur um Blogs, Social Network, Usenet etc., sondern auch um P2P-Netzwerke (Rechnernetze) und individuelle Computersysteme.

War der Protest gegen INDECT anfangs noch sehr leise, steht das Projekt wegen der absehbaren Eingriffe in die Privatsphäre der BürgerInnen und der hohen Intransparenz mittlerweile international in der Kritik. Dabei wird von Datenschutzorganisationen und unabhängigen Fachleuten immer wieder auf den Orwellschen Charakter hingewiesen. Angespielt wird hier auf den Roman “1984” von George Orwell, in dem das Leben in einem totalitären Überwachungs- und Präventionsstaat geschildert wird. Selbst das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) hat eine Beteiligung an dem Projekt „aufgrund des umfassenden Überwachungsgedankens“ abgelehnt.

Doch ist INDECT nicht das einzige Projekt im Rahmen des 7. Rahmenprogramms für sogenannte Sicherheitsforschung in der EU. Auch Projekte wie ADABTS (Automatische Erkennung von "abnormalem" Verhalten und Bedrohungen in Menschenmengen) und SAMURAI (Beobachtung von verdächtigem und "abnormalem" Verhalten mithilfe eines Netzwerks aus Kameras und Sensoren für eine Verbesserung der Erkennung von Situationen) tragen zu einer voranschreitenden Überwachung des öffentlichen und privaten Lebens bei. Nach Angaben der Europäischen Kommission hat sich in den letzten zehn Jahren das Volumen des Sicherheitsmarktes weltweit von rund zehn Milliarden auf 100 Milliarden Euro verzehnfacht.

Ob Videokameras oder Vorratsdatenspeicherung, sichtbar oder unsichtbar, immer mehr Informationen des Einzelnen werden gesammelt und gespeichert. Bei voranschreitender Überwachung und schwindender Kontrolle darüber, lässt sich nur noch schwer glauben, all dies geschehe zum Vorteil und zur Sicherheit der Menschen. Doch mit INDECT wird durch den präventiven Charakter, verbunden mit Überwachungstechnologien und einem umfassenden Informationssystem, eine nie dagewesene Qualität erreicht. Denn je stärker die verschiedenen Systeme miteinander verknüpft sind, umso lückenloser kann überwacht werden. SK



Neoliberaler Wettbewerb trifft nationale Tradition

Vorurteile und verstärkte Konkurrenz als Krisenlösung von oben

Seit Jahren leben wir in der permanenten Krise, deren Auswirkungen uns jeden Tag aufs Neue in den Nachrichten verdeutlicht werden. Unternehmen, Banken und ganze Staaten drohen bankrott zu gehen und immer wieder werden Rettungspakete geschnürt und Rettungsschirme gespannt. Mit dem kontinuierlichen Verweis auf die Krise werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert, lebenswichtige Wirtschaftszweige (z.B. Wasserversorgung) privatisiert und politische Entscheidungskompetenzen aufgegeben.

Die Ursachen für die Krise liegen scheinbar überall – in Amerika, in Europa, aber vor allem in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal – nur nicht in Deutschland.

Deutschland, so die einheitliche Darstellung der Medien, ist, dank Hartz-IV, Rente mit 67 und den „Flexibilisierungsmaßnahmen“ auf dem Arbeitsmarkt, das heißt im Klartext mit Lockerung des Kündigungsschutzes und einem Ausbau des Niedriglohn-Sektors, weitestgehend von der Krise verschont geblieben und wird deshalb nun zum Vorbild stilisiert. Getrieben von den angeblich urdeutschen Tugenden Arbeit, Fleiß, Ordnung und Sparsamkeit zieht die neue deutsche Wirtschaftsmacht, mit Angela Merkel als Gallionsfigur und der Bild-„Zeitung“ als Sprachrohr, durch die Landen und überzieht diese „faulen Südländer“ mit drakonischen Sparmaßnahmen und Reformpaketen, die in der Heimat mit plumpen, meist rassistischen Stereotypen begründet werden. Es lohnt sich daher, mal einen genaueren Blick darauf zu werfen, wie und mit welchen Mitteln Deutschland, als europäischer Vorreiter, in der Krise agiert und wem diese Politik nutzt...

„Innere“ Einheit durch „äußere“ Bedrohung
Seit Jahrhunderten bewähren sich reale oder vermeintliche „äußere“ Feinde zur Verstärkung des „WIR“-Gefühls. Ein „WIR“-Gefühl, das sich in Westeuropa auf den weißen Mittelstand bezieht, und dem Werte wie Arbeit, Gesundheit, Ordnung, Ehre und Mäßigung zugeschrieben werden. Dem gegenüber stehen „die Anderen“, denen das Gegenteil unterstellt wird. So heißt es, „die Südeuropäer“ seien faul und verschwenderisch. An den Sinti und Roma haftet das Bild der unzivilisierten und kranken Arbeitsverweigerer. Und den (in Europa lebenden) Muslimen sagt man Kriminalität bis hin zum Terrorismus und einen Mangel an Intelligenz nach, während man sich von ihrer angeblich höheren Fruchtbarkeit fürchtet.
Das Ergebnis dieser von Politik und Medien betriebenen Manipulation sind rassistische Stereotype im modernen Gewand. Dieser moderne Rassismus begründet sich auf der Sehnsucht nach Zusammenhalt, Gemeinschaft und Sicherheit in einer sich immer schneller verändernden Welt. Er betrachtet die menschliche Natur in ästhetischen Kategorien und sucht dabei vor allem nach äußerlichen Anzeichen von innerer Vernunft und Harmonie. Erst aufgrund dieser äußerlichen Zuschreibung von Merkmalen wird der Mythos der Anderen, z.B. „die Türken“ oder „die Griechen“ zur Realität. Das heißt, ein Mensch, der geboren wird, sieht sich zunächst einmal als Mensch.Erst wenn er mit rassistischen Stereotypen konfrontiert wird, beginnt er, sich auch selbst so zu sehen. Ein Beispiel dafür ist Aysen Tasköprü, die in Deutschland sozialisierte Schwester des vom NSU ermordeten Süleyman Tasköprü, die sich seit dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie nicht mehr als „Deutsche mit türkischen Wurzeln“ bezeichnen würde.
Die politischen Debatten der letzten Jahre zeigen eindeutig die verschiedenen Dimensionen des modernen (institutionalisierten) Rassismus, der sich in seinen Argumentationsmustern weitestgehend von genetischen „Rassen“ losgelöst hat und sich stattdessen auf neoliberale Kosten-Nutzen-Rechnung, sowie die vermeintliche Aufgeklärtheit und Humanität der westlichen Welt beruft.

• Kulturalisierender Rassismus: Die Kopftuch-Debatte
Das muslimische Kopftuch „Hijab“, welches in einigen Ausprägungen des Islam gewiss mit der Unterdrückung von Frauen einhergeht, wird durch oberflächliche Betrachtung zum allgemeinen Symbol des Sexismus im Islam aufgeblasen. Wobei der Sexismus die angebliche “Rückständigkeit” des Islam widerspiegeln soll. Die mangelnde Differenzierung der Strömungen des Islam sowie die nicht Beachtung des Willens der Muslima und ihrer vielfältigen Gründe für das Tragen eines Kopftuches, schüren antimuslimische Vorurteile, welche sich gegen den Islam im Allgemeinen und die Kopftuch-tragende Muslima richten. Ganz nebenbei suggeriert die Debatte das es im “fortschrittlichen Deutschland” keine Benachteiligung der Frau mehr gäbe.

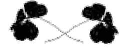
• Sozialer Rassismus: „Spätrömische Dekadenz“ in der „sozialen Hängematte“
Die immer wieder aufflammende Hetze gegen angeblich faule Erwerbslose, „Sozialschmarotzer“ und nicht arbeitende Migranten fördert den „Sozialneid nach unten“ und untergräbt den Sozialstaatsgedanken. Sie spielt mit der Angst eines schrumpfenden Mittelstands vor dem sozialen Abstieg und motiviert ihn so zu mehr Arbeit. Außerdem verschiebt sie die Schuld an der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit einerseits von „oben“ nach „unten“, andererseits aber auch über Landesgrenzen hinweg. Medial werden dann bspw. griechische gegen deutsche ArbeiterInnen ausgespielt – die "faulen Griechen” seien nicht nur selbst Schuld an ihrer Schuldenkrise, sie seien auch noch verantwortlich für Einsparungen hierzulande. So wird nicht nur Rassismus genährt, sondern auch die Polarisierung einer sozialen Klasse vorangetrieben, die eigentlich geschlossen und solidarisch dem Klassenkampf von oben entgegentreten sollte.

•Ethnisierender Rassismus: Zuwanderungsdebatte
Ausgehend von der These, dass Menschen lediglich zur Ausnutzung des Sozialsystems nach Deutschland kommen würden, wird im neoliberalen Stil eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgemacht, bei der der „Standort Deutschland“ durch Zuwanderung an Konkurrenzfähigkeit verliert. Die Folge sind Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ (NPD) aber auch die Institutionalisierung der Zuwanderung z.B. im Asylbewerberleistungsgesetz.

• Biologisierender Rassismus: „Sarrazin“-Debatte
Sarrazin knüpft den wirtschaftlichen Erfolg an den angeblich genetisch festgelegten IQ eines Menschen an. Diesen Irrtum verbindet er mit der unhaltbaren These, dass Muslime einen niedrigeren IQ als „Europäer“ (also Christlich und Jüdisch orientierten Menschen) hätten und sich zudem schneller fortpflanzten. Auf dieser Grundlage prognostiziert er „wachsende muslimische Parallelgesellschaften“ und aussterbende Deutsche, wodurch die Gesellschaft dümmer und somit wettbewerbsunfähiger würde.

Das Grundprinzip der modernen Rassismen ist „Wir“ gegen „die Anderen“. Mit dieser einfachen Formel ist er in der Lage, beliebige Grenzen der Zugehörigkeit zu ziehen (z.B. Staatsangehörigkeit ist nicht gleich „Volkszugehörigkeit“) und kann auf diese Art und Weise zwei eigentlich gegensätzliche, Denkweisen miteinander vereinen. Auf der einen Seite die Nation, also die Vorstellung einer existenziellen Schicksalsgemeinschaft, und auf der anderen Seite ein allumfassender Markt, der eine allgemeine individuelle Auslese institutionalisiert, an deren unterem Ende die Eliminierung alles „Unfähigem“ oder „Unnützen“ steht.

Europa in der finanziellen und ideologischen Krise
In der Praxis bedeutet die Finanzkrise gepaart mit einem modernen Rassismus den Rückzug des Sozialstaats zur „Standortsicherung“ und die Entsolidarisierung mit dem Individuum nach dem Motto „deine Armut ist nicht meine Schuld“. Dass dieser „moderne Rassismus“ kein deutsches Phänomen ist, zeigt die europäische Krisenpolitik, welche sowohl von Deutschland, als auch von scheinbar „alternativlosen Sachzwängen“ – TINA (there is no alternative) ist übrigens eines der neoliberalen Grundprinzipien – dominiert wird. Die „Geldgeber“, allen voran Länder wie Deutschland und Frankreich oder Institution en wie die Weltbank, nehmen durch ihre wirtschaftliche Stärke erheblichen Einfluss auf die Wirtschafts-, Innen- und Sozialpolitik der „Nehmer-Länder“. Hier zeigen sich die fatalen Folgen dieser rein an wirtschaftlichem Wachstum, also der Umverteilung von unten nach oben, orientierten Politik. Diese wird an den ver-





ne Folge: Die Verdoppelung der Selbstmordrate Griechenlands

• Privatisierung
Zur kurzfristigen Finanzierung der „Staatsschulden“ werden die Staaten dazu gezwungen, ihr Tafelsilber zu privatisieren. Dies betrifft insbesondere die grundlegenden Infrastrukturen Wasser, Strom und Verkehr (für die Privatisierung von Luft wurde „leider“ noch kein Weg gefunden). Dies spült zwar kurzfristig Geld in die leeren Kassen, reduziert jedoch auch langfristig die Einnahmen des Staates und erhöht die Kosten für die Bevölkerung.

• Abschottung und Selbst-Isolierung
Während ganze Wirtschaftszweige und Länder kaputt gespart werden, werden die europäischen Sicherheitsorgane (insbesondere Polizei und Militär) weiter aufgerüstet. Um jeden Preis gilt es „illegale“ — gemeint sind wohl eher „unrentable“ oder „unliebsame“ - Zuwanderer, selbst wenn sie wie z.B Sinti und Roma aus EU-Staaten kommen, zu stoppen und die eigenen Machtverhältnisse zu sichern.

schiedenen Schauplätzen Europas schmerzhaft veranschaulicht.

• Stigmatisierung und neuer Nationalismus
Die anhaltende Krise verschärft die Gegensätze in Europa und der neoliberale Wettbewerbswahn verhilft alten Vorurteilen (z.B. „faule Südländer“; „parasitäre Zigeuner“; „autoritäre Deutsche“) und Nationalismus zu einer Renaissance. Dies äußert sich einerseits in rechtspopulistischer „Raus aus dem Euro“-Rethorik bei „proDeutschland“, den „wahren Finnen“ oder der „Partei für die Freiheit“ (Niederlanden) und andererseits im besorgniserregendem Wachstum gewalttätiger rechter und neonazistischer Bewegungen wie „Fidesz“ und „Jobbik“ (zusammen 83% der Parlamentssitze!!!) in Ungarn oder der „goldenen Morgenröte“ (Chrysi Avgi; 7% der Wählerstimmen 2012) in Griechenland.

• Prekarisierung und Individualisierung
Gerade die Menschen in Südeuropa werden besonders hart von der Krise getroffen. Das sinkende Lohnniveau, steigende Arbeitslosenzahlen, Einschnitte bei den Sozialleistungen und steigende Lebenshaltungskosten (Inflation) erschweren das (Über-) Leben selbst der „Mittelschicht“ zusehends. Ei-

Deutsche Krisenpolitik nach „innen“ und „außen“
Gerade Deutschland stellt sich in dieser Krise als die Kraft in Europa dar, die alle Probleme lösen kann. Siebzig Jahre nach einer der schlimmsten Diktaturen, die die Welt je gesehen hat, spielt Deutschland wieder den Chef in Europa und tut so, als hätte es die Demokratie erfunden. Mit der großen Macht die Deutschland in der Europäischen Union innehat, zwingt es „Schuldenstaaten“ zum Sparen.

Schon lange nicht mehr – nicht mal in vergangenen Krisen – war ein Angriff auf die ArbeiterInnenklasse so deutlich in einen Begriff gepackt wie aktuell: Fiskalpakt. Mit dem Fiskalpakt – so er denn Realität wird – schaffen sich die europäischen Eliten das, was ihnen mit dem gescheiterten Versuch einer europäischen Verfassung nicht gelungen ist: Die neoliberale Ausprägung des Kapitalismus in der Verfassung zu verankern.

Der Europäische Fiskalpakt würde Inhalte und Maßnahmen aus dem „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts und Währungsunion“ ratifizieren. Er wäre ein Werkzeug, um verschuldete Länder zum Sparen zu zwingen. Ein solcher Sparzwang würde faktisch in erster Linie die Menschen sanktionieren, die keine Schuld an der momentanen Krise haben: Die ArbeiterInnen Europas. An-

statt sich das Geld bei den Profiteuren der Krise wiederzuholen, werden ArbeiterInnen mit Lohndumping, Sozialabbau, Massenentlassungen und Arbeitszeitverlängerung belastet. Das gilt für Deutschland, aber auch für das europäische Ausland.

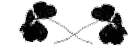
Bankrotte Staaten, die mithilfe von Rettungspaketen Geld von Europa beziehen möchten, verpflichten sich zu genau diesen Sparmaßnahmen. Wofür dieses Geld benutzt wird, ist undurchsichtig – in jedem Fall aber wird es auch dazu genutzt, bestehende Verträge mit deutschen Rüstungsexporteuren zu begleichen. Zum Beispiel ist, gleich nach Portugal, Griechenland der größte Abnehmer deutscher Waffen in Europa. Dadurch verdient Deutschland doppelt: Einerseits durch den kontinuierlichen Ankauf von Waffen, die mit Geld aus den Rettungspaketen bezahlt werden, und andererseits durch die Zinsen, die auf dem geliehenen Geld liegen.

Der Tritt nach unten

Mit der Begründung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit sei notwendig für wachsenden Wohlstand, wird in Deutschland seit Jahren der Sektor prekärer Beschäftigungsverhältnisse ausgebaut. Das betrifft weit über zehn Millionen Menschen, also weit über jedeN vierteN ArbeitnehmerIn. Durch stille Parolen, wie „entweder du arbeitest zu unseren Konditionen oder du verlierst deinen Job“, nehmen viele ArbeiterInnen den Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, unbezahlte Überstunden und einen ständig sinkenden Reallohn hin. Hohe Arbeitslosenzahlen wirken wie ein Erpressungsmittel – ist da doch immer die Angst, ersetzt zu werden. Außerdem wird in vielen Betrieben versucht, gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern, und so arbeitet auch Ursula von der Leyen an einem Gesetzesentwurf, der kleine unabhängige Basisgewerkschaften behindern soll.

Mit Streichungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich werden die armen Schichten in Deutschland genauso getroffen, wie von Kürzung der Sozialleistungen. Denn eines ist klar, wer über genügend Geld verfügt, der ist privat krankenversichert, schickt seine Kinder auf Eliteschulen mit bestem Unterricht und ist auf Sozialleistungen nicht angewiesen, doch bekommt es trotzdem. Das zeigt das Beispiel des Elterngeldes: Mit der Kürzung des Elterngeldes für Hartz-IV-EmpfängerInnen, wird das eh schon viel zu knappe Budget von sozial schwachen Eltern nochmals beschnitten. Zwei Drittel aller Einsparungen beim Elterngeld wurden bei Einkommen unter 1200 Euro gemacht. (43% aller alleinerziehenden Mütter sind auf Hartz IV angewiesen). Das andere Drittel der Kürzungen wurde bei Einkommen über 1200 Euro gemacht, es sei denn, es sind Einkommen über 2800 Euro, dann gibt’s, wie bisher, den Spitzensatz von 1800 Euro monatlich. Das klingt nicht nur unsozial, sondern ist es auch!

Zahlreiche Beispiele lassen sich anführen: Gespart wird letztlich immer bei den Menschen, die immer schon kämpfen müssen, um sich ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Da ist eine Frage nur berechtigt: Warum ist es auf den Straßen und in den Betrieben immer noch so ruhig? SK



"Verkauft doch eure Inseln ihr Pleite-Griechen!"

Eine von vielen BILD-Schlagzeilen dieser Art im Zuge der akuten Griechenlandkrise. Doch, wer zahlt denn nun für wen?

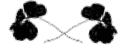
Und wie viel ist jetzt dran am Vorurteil vom faulen Griechen? ArbeitnehmerInnen in Griechenland leisten statistisch gesehen knapp 3,5 Wochenstunden mehr, als in Deutschland und nehmen im Schnitt fast eine Woche weniger Urlaub im Jahr. 23 900 Euro verdient einE ArbeitnehmerIn in Griechenland jährlich im Durchschnitt, in Deutschland 42 400 Euro. Aber auch das Phänomen der 600-Euro-Generation sei im Zuge dessen genannt: Junge Leute, die 40 Stunden die Woche arbeiten, sich aber kaum finanzieren können, obwohl das Preisniveau von Lebensmitteln und anderen Gütern vergleichbar mit dem in Deutschland ist. Nichtsdestotrotz, auch ein beinahe schon höhnischer Mindestlohn von 3,80 Euro vollbringt es nicht, die Griechen flächendeckend zu beschäftigen: Die Gesamtarbeitslosigkeit liegt bei 27% und unter den Jugendlichen sind sogar über 60 % ohne Job. Die wenigsten von ihnen bekommen das sporadische Arbeitslosengeld, da der Anspruch auf dieses nach einem Jahr verfällt.

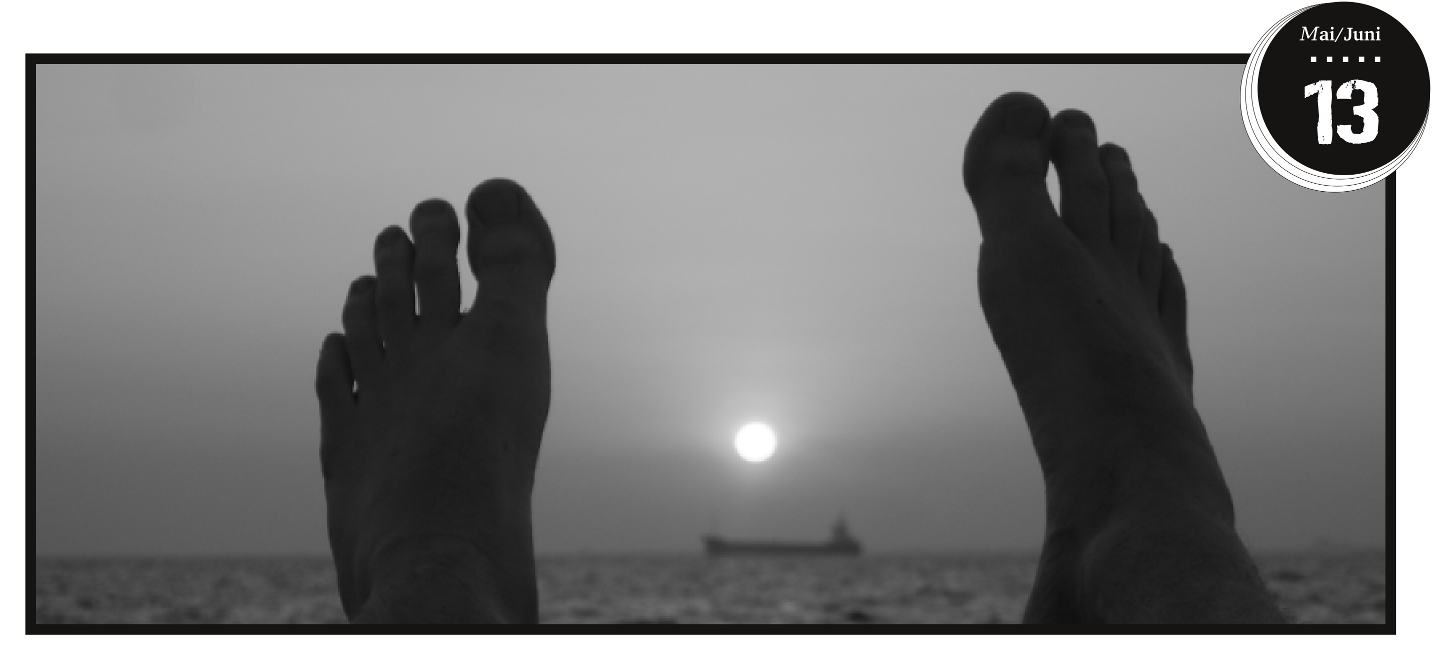
Für einen Großteil der Menschen in Griechenland geht es also ums Überleben und keineswegs um die tatenlose Bereicherung auf Kosten anderer. Die meisten der in einschlägigen Artikeln angeführten griechischen Verhältnisse lassen sich entweder auf den zweiten Blick relativieren, oder sind Errungenschaften einer relativ starken Gewerkschaftskultur. Eigentlich müsste man sich eher die Frage stellen, warum Deutschland, als reichste Volkswirtschaft Europas, trotzdem den größten Niedriglohnsektor innerhalb der EU vorzuweisen hat.

Die Eigendarstellung Deutschlands im Verlauf der Griechenland-Pleite hat jedenfalls wenig mit der Faktenlage zu tun. Zwar wird Deutschland durch die Äußerungen von RegierungspolitikerInnen und Berichterstattungen vieler Medien als aufopfernder Helfer gewürdigt, doch verbergen sich hinter Deutschlands Engagement nicht zuletzt hegemoniale Eigeninteressen: Deutschland will eine Führungsrolle in der europäischen Politik einnehmen.

Von "Pleitegeiern" und "Pleite-Griechen"
In Wirklichkeit verdient Deutschland doppelt an der Pleite: Als beträchtlicher Geldgeber innerhalb des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank, verleiht es Geld freilich nur verzinst. Jeder Euro, der nach Athen fließt, kommt also in einer Höhe von knapp 1,05 Euro wieder zurückgeflossen. Bei den verliehenen, mehrstelligen Milliardensummen kommen so beträchtliche Beträge zusammen. Aber auch auf einem indirekteren Weg profitiert der deutsche Staat: Durch zunehmende Stabilitätsverluste anderer europäischer Volkswirtschaften wird Deutschland als „sicherer" Geldhafen besonders attraktiv. Immer weiter fallende Zinsen -- zum Teil sogar im Negativbereich -- führen so dazu, dass Deutschland ungewohnt günstig Geld leihen kann und in manchen Fällen dafür sogar noch Gewinne einstreicht.

Und die Wahrnehmung in der hiesigen Öffentlichkeit? Sie wird verzerrt und zwar vor allem gefördert durch die Boulevardpresse, aber auch durch vermeintlich sachliche Medien, wie die Tagesschau. Dahinter steckt eine Mentalität, die





bestrebt ist, keine grundlegende Herrschaftskritik aufkommen zu lassen, ein nationales Einheitsgefühl zu schaffen und Missstände auf Sündenböcke auszulagern. Immer wieder sind Formulierungen zu hören, wie: „Wir zahlen für die faulen Pleite-Griechen". Eine Aussage die gleich dreifach aufstößt, denn, wie oben dargelegt, sieht nicht nur die soziale Realität für einen Großteil der griechischen Bevölkerung anders aus, auch der „Wir"-Begriff ist höchst problematisch, da dieser eine Interessengemeinschaft suggeriert, die so gar nicht existiert und die sich widerstrebenden Akteure zu einer Einheit verschwimmen lässt. Außerdem stimmt es zwar, dass SteuerzahlerInnen in Deutschland für die geschnürten Pakete aufkommen, doch zahlen sie nicht für "die Griechen", sondern an den deutschen Staat. Dieser lässt aber wiederum die Steuereinnahmen weder den angeblich „faulen Griechen", noch sozioökonomisch schwächeren Schichten hierzulande zukommen: Es ist Geld, um einigen wenigen ihre überfüllten Konten zu retten. Niedriglöhne, Prekarität und Sozialabbau sind keine Resultate der „Griechenlandkrise", sie bestimmten schon immer die gesellschaftliche Entwicklung – momentan lassen sie sich bloß scheinbar besser legitimieren.

Die Griechen, ein Risiko für deutsche Interessen

In Griechenland hingegen lässt man sich nicht so ohne Weiteres ausnehmen. Die sozialen Folgen des Sparpakets mit seinen flächendeckend drastischen Steuererhöhungen und Haushaltskürzungen schüren die Unzufriedenheit der griechischen LohnarbeiterInnen und diese äußert sich nicht nur in einem ausgeprägten Streikverhalten, sondern auch in einer politischen Radikalisierung: SozialistInnen, KommunistInnen, aber auch nationalistische Strömungen gewinnen an Einfluss im Parlament – und durch soziales Engagement auch in nachbarschaftlichen Strukturen.

Dies birgt natürlich aus deutscher Sicht die Gefahr einer Revolution. Gefahr deshalb, weil ein neues Regime in Athen eher ein Negativgarant für Deutschland wäre, die vergebenen Kredite zurückerhalten zu können. Um das Schicksal anderer Länder und vornehmlich das Deutschlands zumindest in Teilen von dem des griechischen Staates zu entkoppeln, wird auch die Debatte geführt, Griechenland der Eurozone zu verweisen. EU und Euro machen eben nur dann Spaß, wenn es bequem ist.

Politische Achromatopsie - Farbenblindheit in der Finanzkrise

Die Diskussion um die „Griechenlandkrise" beweist erneut vor allem eines: Ein bloßes schwarz und weiß gibt es nicht. Gängige Annahmen müssen mehrmals beleuchtet werden, um sie gegebenenfalls als Vorurteile abzutun.

Die griechischen ArbeiterInnen leiden unter der Sparpolitik und profitieren nicht von ihr, SteuerzahlerInnen in Deutschland blechen und der deutsche Staat opfert sich nicht hingebungsvoll auf, sondern gewinnt an der Krise solange, wie alles im stabilen Rahmen verläuft. Natürlich kommt es in diesem Zuge nicht nur zu Ausbeutung durch Deutschland, auch griechische PolitikerInnen machen sich zu Handlangern des Kapitals. Ein ganzes Geflecht an Interessen sorgt dafür, dass die griechische Gesellschaft wie am Tropf am Leben gehalten wird, während sich auch Finanzkonzerne, wie zum Beispiel Goldman Sachs oder die Deutsche Bank, an diesen Zuständen bereichern.

Sicherlich gab es in Griechenland vor der Pleite in manchen (!) Bereichen der Arbeitswelt Standards, die in Deutschland nicht vorherrschten. Sicherlich ist Deutschland auch die stärkste Volkswirtschaft Europas. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, "die Griechen" seien faul und schlecht, die Deutschen hingegen fleißig und gut, ist mehr als unsinnig. Neben der Tatsache, dass die griechischen ArbeiterInnen eben auf anderen Ebenen im Vergleich zu ihren deutschen KollegInnen benachteiligt sind, ist zu beachten, dass viele der mittlerweile längst eingestellten Errungenschaften Produkt einer gesellschaftlichen Kultur waren, die sich von Obrigkeiten nicht alles hat bieten lassen. Soll das etwa etwas Negatives sein? Und Deutschland? Theoretisch so reich und praktisch doch so arm: Leih- und Zeitarbeit, Minijobs zu niedrigsten Löhnen und davon immer mehr. Kann man sich als "DeutscheR" dafür auf die Schulter klopfen?

Wir müssen uns ferner den Fakten, also auch den Fragen nach unseren Idealen, stellen. Wo hört „gesunder" Fleiß auf und fängt blinder Gehorsam an? Sollen Freiheit und Freizeit tatsächlich nur Randaspekte in unserem Leben sein? Und: Wer gewinnt, wer verliert und auf welcher Seite stehen wir? Auf der "unserer Nation" oder der unserer sozialen Klasse? SK



Die Krise in Südeuropa

Eine Chance für Solidarität und Selbstorganisierung?

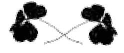
Die derzeitige Krise scheint wie ein Einbruch der fern geglaubten "Dritten Welt" ins gute, alte Europa. Wirtschaftliche Krise, Verschuldung und Strukturanpassungsprogramme – als Bedingung für weitere Kredite erzwungene Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die im Wesentlichen aus Lohnsenkungen, Entrechtung der Lohnabhängigen und flächendeckenden Privatisierungen bestehen und in der Regel das Gegenteil bewirken – trafen in den letzten Jahrzehnten vornehmlich Staaten in Lateinamerika und Afrika. Nun steht der Zwangsvollstrecker, der Internationale Währungsfond (IWF), in Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern vor der Tür.

Die verheerenden Auswirkungen sind bekannt: Griechenland, mittlerweile am längsten im verordneten Ausnahmezustand, verzeichnet eine Zunahme der Arbeitslosenrate von 10% vor Beginn der "Rettung" auf mittlerweile knapp 25%, unter Jugendlichen liegt die Arbeitslosigkeit jetzt bei über 60%. Die Suizidrate im Land hat sich verdoppelt, die Zahl der Obdachlosen ist laut Regierungsangaben um 30% gestiegen. Das Gesundheitssystem ist aus den Fugen und eine Zunahme der Sterblichkeitsrate ist bereits messbar.
Reformen, die Wettbewerbsfähigkeit herstellen sollen, führen zur Kapitalflucht – einem Rückzug der Besitzenden aus dem In- und Ausland von Unternehmungen in Griechenland – und Deindustrialisierung. Dementsprechend verzeichnete der griechische Bauernverband eine Zunahme der Zahl der Landwirte um 40.000 allein innerhalb der ersten zwei Krisenjahre (2009-2011). Gleichzeitig stellt eine vom Spiegel zitierte Studie die Auswanderung von mehr als 120.000 ÄrztInnen, InformatikerInnen und IngenieurInnen, das sind 10% der AbsolventInnen, seit 2010 fest.

Selbstorganisierung ist in den krisengeschüttelten Ländern also zuallererst keine revolutionäre Tat, sondern überlebensnotwendig. Zum Beispiel werden heute überall in Griechenland die Lebensmittel direkt von den LandwirtInnen an die Bevölkerung verkauft. Unter den gegebenen Umständen wird allerdings klar, dass es sich dabei weniger um eine Initiative für ökologisch vorteilhafte, lokale Selbstversorgung handelt, die die Macht der Großhandelsketten brechen will, sondern eher um eine erzwungene Rückkehr zum Prinzip des Bauernmarkts, weil Teile der gesellschaftlichen Arbeitsteilung schlicht zum Erliegen kommen. Ein schadenfrohes Lächeln lässt sich nicht verkneifen, wenn NachbarInnnen sich gegenseitig zeigen, wie man die Sperre von Strom und Telefon umgeht, indem illegal eigene Zuleitungen zum Netz gelegt werden. Ohne Zweifel entstehen im Elend Momente der Solidarität.

Doch hat Solidarität eben ihre Grenzen und wo diese verlaufen, macht einen gewaltigen Unterschied. Denn auch die Nazi-Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) beteiligt sich an der selbst organisierten Güterverteilung und vermittelt Arbeitsplätze, alles unter dem Motto "von Griechen für Griechen" und zwar nur für solche "rassische Reinheit" vorausgesetzt. Auch auf Streikversammlungen konnte die Partei agitieren und Zustimmung finden. Es bleibt also entscheidend, auf welche Weise Selbstorganisierung vonstatten geht und mit welchen Ideen sie verbunden wird. Und glücklicherweise übernehmen auch Teile der griechischen Linken – unabhängige GewerkschafterInnen, AnarchistInnen und antiautoritäre KommunistInnen – hier die Initiative.

Das derzeit prominenteste Beispiel sind wohl die ArbeiterInnen der Baustofffabrik VioMe und ihre UnterstützerInnen. Nachdem der Fliesenhersteller Philkeram-Johnson sich vor 2 Jahren wortlos vom Standort in Thessaloniki zurückgezogen hatte, weder Material nachlieferte, noch Produkte abholte, legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Als schließlich auch die Lohnzahlungen eingestellt wurden und das Management stumm blieb, beschlossen einige als Basisgewerkschaft organisierte ArbeiterInnen das Fabrikgelände zu besetzen, um einen möglichen Abtransport von Maschinen und Material zu verhindern. "Wir hielten Vollversammlungen ab und trafen von nun an alle Entscheidungen dort. Den Gewerkschaftsvorstand haben wir dann abgeschafft", erzählt der nominelle Gerichtsvorsitzende Makis in einer ei-



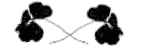
gens produzierten Reportage, die auf der Solidaritätshomepage viome.org zu sehen ist. Ende letzten Jahres beschlossen die 38 verbliebenen von vormals 80 Angestellten – vor allem die leitenden Angestellten hatten sich zurückgezogen – die Produktion in Eigenregie weiterzuführen. Eine breite UnterstützerInnenbewegung entstand, AktivistInnen aus Argentinien halfen mit ihrer Erfahrung bei Fabrikbesetzungen weiter. Der Tag der Eröffnung wurde mit einer großen Demonstration gefeiert und beim anschließenden Konzert mussten viele draußen bleiben, obwohl die Halle, in der es statt fand, 4000 Leute fasste.

Dass es den ArbeiterInnen von VioMe dabei nicht nur um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes geht, beweist ein Blick auf die Erklärung zur Neueröffnung der Fabrik: "Dieser Kampf darf nicht nur auf VioMe beschränkt bleiben, sondern er muss sich auf alle Fabriken und Geschäfte ausweiten, um landesweit Bedeutung zu erlangen und siegreich zu sein; nur durch ein Netzwerk von besetzten und selbst verwalteten Betrieben wird VioMe das Überleben gelingen. Nur so kann es zu einem `Baumeister` einer anderen Organisation von Produktion und Wirtschaft werden. Einer Organisation, die Ausbeutung, Ungleichheit und Hierarchie abschafft."

Werfen wir einen Blick nach Spanien, dem Krisenverlierer Nummer zwei in Europa. Hier entwickelte sich schon im frühen Verlauf der Finanzkrise eine neue Bewegung: 15M, benannt nach dem Tag ihrer ersten landesweiten Demonstrationen am 15. Mai 2011, ist der wohl größte Protest im Stil von Occupy außerhalb der USA. Mit Platzbesetzungen, Asambleas und Human Mic erprobten sie Formen der direkten Demokratie, gemäß ihrem Motto "Democracia real ya!". Nicht anders als bei Occupy lieferten die auf besetzten Plätzen erbauten Zeltstädte für viele Menschen Gelegenheit einen anderen Umgang miteinander, eine andere Art des Zusammenlebens und der gemeinsamen Entscheidungsfindung zu erproben. Allein fehlte auch hier die Perspektive: Die wenigen Forderungen, auf die sich die Bewegung im Konsens einigen konnte, stellen die parlamentarische Demokratie nicht in Frage und auch die Legitimität des Privateigentums an Land, Fabriken und Wohnraum blieben unangetastet. Im Gegenteil: Angestrebt wird ein konstituierender Prozess für eine neue, diesmal wirklich demokratische, spanische Verfassung.

Doch die AktivistInenn von 15M üben auch konkrete Solidarität außerhalb der nicht gerade alltäglichen Situation der Platzbesetzungen, die mittlerweile allesamt geräumt oder aufgelöst worden sind. Und zwar bei der Unterstützung der Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) beim Verhindern von Zwangsräumungen. Die Lage der Bevölkerung in Spanien gestaltet sich ähnlich schlecht wie in Griechenland und aufgrund der restriktiven Mietverträge mit den zum Teil auch deutschen Banken, denen der Großteil der Immobilien in Spanien gehört, kam es seit Beginn der Krise im Land zu mehr als 400.000 Zwangsräumungen. Immerhin 500 davon konnte die PAH und ihre UnterstützerInnen bisher verhindern. Schätzungen zufolge stehen derzeit zwischen einer halben und drei Millionen Wohnungen in Spanien leer und trotzdem steigt die Zahl der Obdachlosen – ein Sinnbild für die Irrationalität der kapitalistischen Wirtschaft.

SK



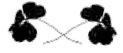
Schreiben für das Mittelmaß

Pressefreiheit in Zeiten der Krise

Debatten um die Verfassung der Pressefreiheit in Deutschland stehen zur Zeit hoch im Kurs. Die Finanzkrise hat Regierungssysteme weltweit verunsichert und im Interesse politischer Stabilität werden in vielen Ländern restriktive Gesetze erlassen, die sowohl die Rechte von ArbeitnehmerInnen, als auch das journalistische Wirken kritischer Medien gefährden. In diesem Kontext können sich auch Länder, die scheinbar nur wenig negativ von der Krise betroffen sind, der kritischen Bestandsaufnahme ihres Staat-Medien Verhältnisses nicht entziehen. In Deutschland ergibt sich dabei ein besonderes Bild. Grund für den Niedergang der Medienkultur scheint weniger die Krise der internationalen Finanzmärkte zu sein, infolge derer kritische Berichterstattung staatlich verfolgt wird, als dass es betriebswirtschaftliche Entscheidungen sind, die den investigativen Anspruch des Journalismus hierzulande gefährden.

Die Platzierung Deutschlands auf der diesjährigen „Rangliste der Pressefreiheit“, ist einer der Gründe, warum die Frage nach der Unabhängigkeit der Presse neu gestellt wird. Seit 2002 sammelt das JournalistInnennetzwerk „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) Daten aus inzwischen 179 Ländern, um ein Bild über die internationale Lage der Informationspolitik zu gewinnen. Deutschland erreicht auf dieser Liste inzwischen nur noch Platz 17, wobei es im Vergleich zum Vorjahr einen, zum Jahr 2002 sogar ganze zehn Plätze verlor. Im Bericht der ROG wird deutlich, dass es nicht krisenbedingte Repressionen sind, die angekreidet werden, sondern ökonomische Vorgänge innerhalb der Redaktionen selbst. So stellt der Bericht fest: „Konkurrierende Printmedien sind in den meisten Regionen inzwischen rar, während die Menge der von Unternehmen bezahlten Beiträge und Veröffentlichungen steigt.“[1] In der Praxis der Zeitungen bedeutet das, dass es immer weniger Nachrichten gibt, die auf selbständiger Recherche basieren. Immer mehr Meldungen werden aus Nachrichtenagenturen bezogen und in verschiedenen Zeitungen gleichermaßen veröffentlicht. Als herausragendes Beispiel können hierbei die Publikationen des WAZ Verlages genannt werden, welcher „ seit 2009/2010 mit Redaktionsgemeinschaften (…) bis zu fünf eigenständige Zeitungen mit nahezu identischem Mantelteil beliefern.“[2] Gemeint sind hier die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ), Westfälische Rundschau und die Westfalenpost (WP), welche mit dieser Art der Nachrichtenverarbeitung stellvertretend für die Entwicklung des Zeitungsmarktes in Deutschland stehen könnten.
Neben der fehlenden investigativen Inhalte, ist auch das viel beschworene „Zeitungssterben“ Folge dieser Entwicklung. Der Begriff wurde vor allem nach der Insolvenz der Financial Times Deutschland (FTD) und der Frankfurter Rundschau (FR) bekannt. Er steht auch für das Unvermögen der Verlage sich einzugestehen, dass ausbleibende Abonnements und sinkende Verkaufszahlen, nicht das zwangsläufige Ergebnis kostenloser Internetpräsenzen von Zeitungen sind. Ihre Inhalte werden nur schlichtweg weniger lesenswert.

Die generelle Krise der Medien in Deutschland schließt Übergriffe und Schikanen, von Seiten des Staates, auf JournalistInnen jedoch in keiner Weise aus. Ein besonders schwerer Fall staatlicher Repression ereignete sich im ver-





gangenen Februar, als die Wohn- und Redaktionsräume von gleich zehn Fotojournalisten polizeilich durchsucht wurden. Grund für die Aktion war die Anwesenheit der Journalisten bei den Krisenprotesten „M31“ vergangenes Jahr in Frankfurt, bei denen es auch zur Beschädigung von Büroräumen, sowie zur Verletzung eines Polizisten kam. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft Hessen, sollten Fotos sichergestellt werden, auf denen die begangen Straftaten zu sehen sein sollten. Obwohl die Journalisten zuvor schon ausgesagt hatten, dass sie die Ausschreitungen selber nicht beobachtet hatten, kam es zur Durchsuchung und zur Beschlagnahme kompletter Fotoausrüstungen. Für die freiberuflichen Journalisten bedeutet dies nicht nur eine extreme Einschüchterung, sondern auch die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Ein besonders herausragendes Beispiel staatlicher Repression, aber keine Ausnahme. So sehen sich gerade JournalistInnen, die polizeiliche Übergriffe auf Demonstrierende dokumentieren wollen, immer wieder selbst mit körperlicher Gewalt von Seiten der StaatsbeamtInnen konfrontiert.

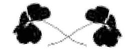
Auf gesetzlicher Ebene findet dieser, doch zumindest unliebsame Umgang des Staates mit den Medien, dann seine Entsprechung durch Fehlen eines Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern, dass BürgerInnen und JournalistInnen gleichermaßen den Zugang zu behördlichen Informationen garantieren soll. Zudem Klagen nach Angaben der ROG viele JournalistInnen über Schikanen auf den Ämtern, etwa durch extrem verlängerte Bearbeitungsvorgänge, oder durch überhöhte Bearbeitungsgebühren.

Die dargestellte Entwicklung zeigt, dass sich Deutschland aller Voraussicht nach nicht im europäischen Mittelfeld der Weltrangliste wird halten können und noch weitere Plätze einbüßen muss. Für ein Ende der Pressefreiheit hierzulande reicht das aber noch nicht. Tatsächlich liegt zum Beispiel durch die genannten Hausdurchsuchungen eine klare Verletzung der Pressefreiheit im Sinne des deutschen Krisenmanagements vor. Erkennt man jedoch die interne Krise des Journalismus als vorrangiges Problem an, so bietet das auch eine neue Sicht auf Handlungsmöglichkeiten, die MedienakteurInnen haben, um gegen den weiteren Verfall kritischer Berichterstattung vorzugehen. Denn die prekäre Arbeitssituation, in der sich freie JournalistInnen (ca. 40.000 in Deutschland) bewegen, oder beispielsweise der Verzicht der FR-Belegschaft auf Urlaubs- und Weihnachtsgelder um den Betrieb vor der Insolvenz zu retten, zeigt wie wichtig gewerkschaftliche Strategien zu diesem Komplex wären. Zur Zeit ist hiervon leider noch nichts zu spüren, doch die Mechanismen der Prekarisierung auch hier zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, die für die Qualität journalistischer Produkte entscheidend ist. Wird sie erfüllt, sind zumindest für einen Teil der AutorInnen die Grundlagen einer fundierten und originären Berichterstattung sichergestellt.

Doch wie steht es mit der fehlenden Vielfalt der Zeitungslandschaft, die im Bericht der ROG immerhin an erster Stelle genannt wird? Zumindest für die Sparte der kleinen, linksradikalen Do-It-Yourself-Projekte bleibt hier soviel zu sagen: Das Potenzial neuer Wege ist für sie noch lang nicht ausgeschöpft. Schließlich halten sie sich die größte Autonomie gegenüber marktwirtschaftlicher Prozesse vor und können, wenn auch nicht immer zugunsten der Mitwirkenden, sehr flexibel arbeiten. Dabei kann es nicht Ziel der Sache sein sich für immer auf die Aktivität von FreizeitjournalistInnen zu stützen, ganz im Gegenteil müssten linksradikale Medien immer weiter auf Professionalisierung und eine möglichst große Öffentlichkeit hinarbeiten. Bis es so weit ist stehen aber noch etliche Möglichkeiten zur Diskussion, wie man durch bessere Vernetzung und Pflege einer solidarischen Streitkultur untereinander seinen Platz in der Medienlandschaft geltend macht. Das gegenseitige Ringen um AbonnentInnen kann hier aber getrost unter den Tisch fallen. Denn schließlich arbeiten linksradikale Medien größtenteils noch für ein treues Szenepublikum, dass Fehler vergibt, wenn denn mit Leidenschaft geschrieben wird. **SK**

[1] Reporter Ohne Grenzen (Hrsg.): Rangliste der Pressefreiheit – Nahaufnahme-Deutschland, www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2013/130130_Nahaufnahme-Deutschland_layouted.pdf

[2] Ebd.



Schwarzes Kleeblatt

Das Schwarze Kleeblatt ist ein anarchosyndikalistisches Magazin, das verschiedenste Themen und Meinungen von einem sozialrevolutionären Standpunkt aus betrachtet. Es erscheint alle zwei Monate und ist kostenlos als Onlineausgabe und im berliner Raum als Printversion verfügbar.

Wenn du Interesse hast, als AutorIn für's Schwarze Kleeblatt aktiv zu werden, Anregungen bzw. Kritik hast oder unsere Zeitung zum Auslegen zugeschickt bekommen willst, dann schreib uns eine Mail an

schwarzeskleeblatt@riseup.net

Du findest das Schwarze Kleeblatt auch im Internet:

schwarzeskleeblatt.blogsport.eu www.facebook.com/SchwarzesKleeblatt

AS... What?

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher. Ziel ist es, die gesellschaftliche Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen umzusetzen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Info- und Diskussionsabende, Filmvorführungen, Konzerte und Partys, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Es erscheint uns als sinnvoll und notwendig alltägliche politische, soziale und ökonomische Kämpfe mit unseren herrschaftsfreien Ideen und Anschauungen zu verknüpfen. Wenn Du also deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen, sondern selbst handeln willst, komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam und solidarisch Lösungen finden.

Wir treffen uns jeden 1., 3. und 5. Dienstag des Monats um 18.00 Uhr im FAU-Lokal Lottumstraße 11 (U Rosa-Luxemburg-Platz/ U Rosenthaler Platz).

ASJ Gruppen

Berlin
asjberlin.blogsport.de
asj-berlin@riseup.net

Bielefeld
selbamachen.blogsport.eu
selbAmachen@riseup.net

Bonn
asjbonn.blogsport.de
asjbonn@riseup.net

Göttingen
asjgoe.blogsport.de
asjgoe@riseup.net

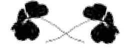
Herne/Recklinghausen
asjruhrpott.blogsport.de
asjruhrgebiet@riseup.net

Köln
agkoeln.blogsport.de
agkoeln@riseup.net

Leipzig
asjl.blogsport.de
asj-leipzig@riseup.net

Siegburg
libertaerejugendsu.blogsport.de
libertaerejugendsu@riseup.net

Mainz
junge-foederation@riseup.net





Termine

1.05. | Wittenbergplatz | 10 Uhr
Am "Tag der Arbeit" findet wie immer morgens die traditionelle Gewerkschaftsdemonstration statt. Auch dieses Jahr wird es wieder einen selbstbewussten, schwarz-roten Block geben. Wir sehen uns bei den schwarz-roten Fahnen!
Ab Mittag wird die ASJ Berlin dann mit einem Infostand am Mariannenplatz präsent sein.

2.05. | Senefelder Platz | 13 Uhr
Internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen. Unter dem Motto "Wir haben Zeit" startet die Demo vom Senefelder Platz.

18.05. | Lunte | 19 Uhr
Beim diesmonatigen Tresen: Infoveranstaltung der "Niemand ist Vergessen" Kampagne zum Kampf um das Gedenken an den von Nazis ermordeten Dieter Eich, sowie Infos zu den neuen Nazi-Aktivitäten in Berlin-Buch.
Weisestr. 53 (U8 Boddinstraße)

03.06. | Baiz | 19 Uhr
Ausstellungseröffnung: die folgenden Monate wird ein Rückblick zu vier Jahren ASJ Berlin an den Wänden im Baiz zu betrachten sein. In gemütlicher Atmosphäre wird sich die Gruppe vorstellen, ihre Arbeitsweisen erklären und einen Blick auf künftige Aktionen und Veranstaltungen geben.
Christinenstraße 1 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

14.06. | FAU-Lokal | 19 Uhr
Im Herbst sind wieder Wahlen und das wollen wir nicht unkommentiert lassen. Wir erläutern unsere Kritik am Parlamentarismus und umreißen was eine Alternative zum Paralemntarismus für uns beinhalten sollte. Außerdem stellt sich unsere Kampagne bezüglich der Bundestagswahlen vor.
Lottumstraße 11 (U Rosenthaler / U Rosa-Luxemburg-Platz)

15.06 | Lunte | 19 Uhr
Unser monatlicher Tresen mit kühlen Getränken, warmem Essen und heißer Musik. Für das Rahmenprogramm bitte auf unserem Blog nachschauen.
Weisestr. 53 (U8 Boddinstraße)

19.06.| Baiz | 19 Uhr
Release: Die Kampagne "Jung und Billig – gegen Ausbeutung im Minijob" veröffentlicht ihre Broschüre. Dabei wird es eine Vorstellung der Kampagne, sowie einen Überblick über bestehende Problemfelder undaktuelle Geschehnisse geben.
Christinenstr.1 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

Für weitere Termine und eventuelle Änderungen guckt bitte auf unseren Blog
asjberlin.blogsport.de

